

CONSEIL D'ETAT, SECTION DU CONTENTIEUX ADMINISTRATIF.

A R R E T

n° 178.409 du 8 janvier 2008

G/A.157.539/XIII-3565

En cause : **BOUGARD** Pascal,
ayant élu domicile chez
Mes Christine BRÜLS et
Louis DEHIN, avocats,
rue Saint-Laurent 64
4000 Liège,

contre :

la Commune de La Calamine,
ayant élu domicile chez
Mes Guido ZIANS et
Andrea HAAS, avocats,
Heckingstrasse 10
4780 Saint-Vith.

--

LE CONSEIL D'ETAT, XIII^e CHAMBRE,

Vu la requête introduite le 17 novembre 2004 par Pascal BOUGARD qui demande l'annulation :

1. de la décision du conseil communal de La Calamine du 27 octobre 2003 fixant les conditions de recrutement et de promotion à l'emploi de receveur communal;
2. de la décision du même conseil communal du 16 février 2004 modifiant sa précédente décision;
3. de la décision du même conseil communal du 27 septembre 2004 portant nomination de Thierry BARTH en qualité de receveur local;
4. de la lettre du collège des bourgmestre et échevins du 28 septembre 2004 notifiant le résultat des épreuves;

Vu les mémoires en réponse et en réplique régulièrement échangés;

Vu le rapport de M. VERHULST, premier auditeur chef de section au Conseil d'Etat, rédigé sur la base de l'article 12 du règlement général de procédure;

Vu l'ordonnance du 3 octobre 2005 ordonnant le dépôt du rapport et du dossier au greffe;

Vu la notification du rapport aux parties et les derniers mémoires;

Vu l'ordonnance du 15 février 2006, notifiée aux parties, fixant l'affaire à l'audience du 6 mars 2006 à 9.30 heures;

Entendu, en son rapport, M. HANOTIAU, président de chambre;

Entendu, en leurs observations, Mes Chr. BRÜLS et L. DEHIN, avocats, comparaissant pour le requérant, et Me G. ZIANS, avocat, comparaissant pour la partie adverse;

Entendu, en son avis conforme, R. WIMMER, auditeur;

Vu le titre VI, chapitre II, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que les éléments de la cause se présentent comme suit :

1. Le 27 octobre 2003, le conseil communal de La Calamine prend la décision suivante :

" Der Gemeinderat,
Gesehen die Artikel 52 §1, 1°, 145 und 146 des Neuen Gemeindegesetzes;
Gesehen den Königlichen Erlass vom 20.07.1976, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 07.06.1978, mit welchen die Grenzen der allgemeinen Bestimmungen für die Ernennungen zu den Rängen eines Gemeindesekretärs, eines beigeordneten Gemeindesekretärs und eines Gemeindeeinnehmers festgelegt worden sind;
Gesehen, dass die Gemeinde Kelmis, durch Königlichen Erlass vom 13.05.1981, mit Wirkung zum 01.01.1981, in die Kategorie der Gemeinden von 10.001 bis 15.000 Einwohner, neu eingestuft worden ist;
Gesehen seinen Beschluss vom 27.11.1991, genehmigt durch den Herrn Provinzgouverneur am 20.03.1992, betreffend die Ergänzung des Stellenplanes der gesetzlichen Dienstgrade durch die Schaffung einer Stelle als Gemeindeeinnehmer;
In Erwägung, dass es erforderlich ist, die Bedingungen für Anwerbung und die Beförderung zum Amte eines Gemeindeeinnehmers festzulegen;

Gesehen das Protokoll der Sitzung des besonderen Verhandlungsausschusses vom 24.10.2003;

Gesehen das Protokoll der Sitzung des besonderen Konzertierungsausschusses Gemeinde/Ö.S.H.Z. vom 24.10.2003;

Auf Vorschlag des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums;

Nach Intervention des Vorsitzenden;

BESCHLIESST einstimmig :

Kapitel 1 -Von der Anwerbung

Artikel 1- Die Bewerber um das Amt eines Gemeindevorstehers müssen folgende Zulassungsbedingungen erfüllen :

- 1) Belgier(in) sein;
- 2) im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte sein;
- 3) vom unanfechtbarer Führung sein;
- 4) den Milizgesetzen genügt haben (für die männlichen Bewerber);
- 5) am Datum der Ernennung mindestens 24 Jahre alt sein;
- 6) die für die Ausübung des Amtes erforderlichen körperlichen Fähigkeiten mittels einen vom Verwaltungsgesundheitsdienst seit weniger als 6 Monaten ausgestelltes ärztliches Attestes belegen;
- 7) Inhaber(in) der folgenden Titel sein :
 - a) Diplom oder Studienbescheinigung welche für die Anwerbung des Staatspersonals der Stellen des Ranges 1 erforderlich sind;
 - b) Diplom oder Zeugnis, das nach Beendigung des vollständigen Lehrganges der Verwaltungswissenschaftskursen, ausgestellt worden ist;
- 8) den Beweis über die Kenntnis der deutschen Sprache, gemäß der koordinierten

Gesetzgebung über den Sprachengebrauch im Verwaltungswesen vom 18.07.1966 erbringen;

9) die Prüfung in deutscher Sprache mit nachstehendem Programm bestanden haben :

A) Reifeprüfung :

bestehend aus der Zusammenfassung und dem Kommentar einer Konferenz über ein allgemeines Verwaltungsthema (erforderliche Anzahl Punkte : 48/80)

B) Prüfung über die beruflichen Kenntnisse :

bestehend aus

1. Allgemeine Fächer

- a) Verwaltungsrecht (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)
- b) Zivilrecht (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)
- c) Wirtschaftspolitik (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)
- d) Allgemeine Informatikkenntnisse (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)

2. Spezifische Fächer

- a) Gemeindebuchführung (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)
- b) Gemeindesteuernwesen (erforderliche Anzahl Punkte : 10/20)

Erforderliche Punktzahl für die unter B erwähnten Prüfungen : 60 %

C) Prüfung in Form eines freien Gespräches :

um das Auftreten die Redefertigkeit und Charakterzüge des Bewerbers zu beurteilen. (erforderliche Anzahl Punkte : 24/40)

D) Sprachenprüfung :

genügende Kenntnisse der französischen Sprache nachweisen gemäß der koordinierten Gesetzgebung über den Sprachengebrauch im Verwaltungswesen vom 18.07.1966. (erforderliche Anzahl Punkte : 24/40)

Diese Prüfungen werden vor einem Prüfungsausschuss abgelegt, der sich wie folgt zusammengesetzt :

Vorsitzender : der Bürgermeister oder der von ihm beauftragte Schöffe;

Mitglieder : je nach Eigentümlichkeit dem Prüfungen einen oder mehrere amts-tätige oder pensionierte Professoren des Universitätsunterrichtes oder gleichgestellten Unterrichts; einen oder zwei amts-tätige oder pensionierte Beamte des Niveau 1, die

nicht bei der Gemeindeverwaltung Kelmis beschäftigt sind;
 Sekretär : der Gemeindevizepräsident.

Artikel 2.- Von den Regionaleinnehmern und den in einer deutschsprachigen Gemeinde von mehr als 10.000 Einwohnern tätigen Lokaleinnehmern, sowie diejenigen die die Prüfungen im Hinblick auf die Bildung einer Anwerbsreserve für deutschsprachige Regionaleinnehmer bestanden haben, wird angenommen, dass sie alle Diplom - und Prüfungsbedingungen erfüllen. Die bereits tätigen Kandidaten sind außerdem von den in Artikel 1, 6/ des gegenwärtigen Beschlusses vorgesehenen Bestimmungen befreit.

Kapitel 2 - Von der Beförderung

Artikel 3.- Das Amt des Gemeindevizepräsidenten ist auf dem Wege der Beförderung den Bediensteten, die den Rang eines Bürochefs(in) des Verwaltungsdienstes innehaben und ein Dienstalter von 3 Jahren in diesem Dienstgrad zählen, zugänglich. Diese Bediensteten müssen ausserdem die folgenden Bedingungen erfüllen :

a) eine positive Bewertung haben;
 b) die Prüfung vorgesehen im gegenwärtigen Beschluss unter Artikel 1, 9/, B), 2, Spezifische Fächer, bestanden haben.

Kapitel 3 - Gemeinsame Bestimmungen für die Anwerbung und die Beförderung

Artikel 4.- Sind von der Verpflichtung befreit, in Besitze eines Diploms oder eines Zeugnisses zu sein, dass nach Beendigung des vollständigen Lehrganges der Kurse für Verwaltungswissenschaften ausgestellt wird, die Bewerber(innen), die Inhaber(in) eines der folgenden Diplome sind :

- Doktor oder Lizentiat der Rechte;
- Lizentiat der Verwaltungswissenschaften;
- Lizentiat des Notariatswesens;
- Lizentiat der politischen Wissenschaften;
- Lizentiat der wirtschaftlichen Wissenschaften;
- Lizentiat der Handelswissenschaften;
- Diplom, dass durch die Sektion der Verwaltungswissenschaften der höheren Unterrichtsanstalt Lucien Cooremans, Brüssel oder durch das "Hoger Instituut voor Bestuurs - en Handelswetenschappen" in Ixelles, oder durch das "Provinciaal Hoger Instituut voor Bestuurswetenschappen" in Antwerpen, nach Beendigung eines Studienzyklusses von fünf Jahren ausgestellt worden ist;
- wissenschaftliches Diplom eines Lizentiaten, welches durch die Kolonialuniversität von Belgien in Antwerpen oder durch das Universitätsinstitut der Überseegebiete in Antwerpen, ausgestellt worden ist, wenn mindestens 4 Studienjahre absolviert worden sind;
- Diplom oder Zeugnis, das für den Zugang zu den Ämtern der Stufen 1 in den Verwaltungen des Staates, Gemeinschaften und Regionen berücksichtigt wird, insofern dieser Titel nach der Beendigung der Studien über mindestens 60 Stunden öffentliches Recht, Verwaltungs- und/oder Zivilrecht ausgestellt worden ist.

Kapitel 4 - Übergangsbestimmungen

Artikel 5.- In Erwartung der Festlegung des in den Artikeln I und 2 erwähnten Mindestprogramms eines vollständigen Lehrganges der provinziellen Kurse für Verwaltungswissenschaften, wird angenommen, dass sie den durch Königlichen Erlass vom 20.07.1976, abgeändert durch Königlichen Erlass vom 07.06.1978 vorgesehenen Bedingungen entsprechen.
 (...)"

Il s'agit du premier acte attaqué.

2. Le 16 février 2004, le conseil communal adopte la délibération suivante :

" Der Gemeinderat,
 Gesehen die Artikel 52 §1, 1/, 145 und 146 des Neuen Gemeindegesetzes;
 Gesehen den Königlichen Erlass vom 20.07.1976, abgeändert durch den
 Königlichen Erlass vom 07.06.1978, mit welchen die Grenzen der allgemeinen
 Bestimmungen für die Ernennungen zu den Rängen eines Gemeindesekretärs, eines
 beigeordneten Gemeindesekretärs und eines Gemeindeeinnehmers festgelegt worden
 sind;
 Gesehen, dass die Gemeinde Kelmis, durch Königlichen Erlass vom 13.05.1981, mit
 Wirkung zum 01.01.1981, in die Kategorie der Gemeinden von 10.001 bis 15.000
 Einwohner, neu eingestuft worden ist;
 Gesehen seinen Beschluss von 27.11.1991, genehmigt durch den Herrn
 Provinzgouverneur am 20.03.1992, betreffend die Ergänzung des Stellenplanes der
 gesetzlichen Dienstgrade durch die Schaffung einer Stelle als Gemeindeeinnehmer;
 Gesehen seinen Beschluss vom 27.10.2003 mit welchem mit Wirkung zum
 01.11.2003 die Bedingungen für die Anwerbung und die Beförderung zum Amte
 eines Gemeindeeinnehmers festgelegt worden sind;
 Gesehen den Beschluss des Herrn Provinzgouverneurs vom 27.01.2004 mit welchem
 die Ihm, aufgrund der Artikel 145 und 146 des Neuen Gemeindegesetzes zustehende
 Frist für eine Entscheidung in Bezug auf den Gemeinderatsbeschluss vom
 27.10.2003 bis zum 26.04.2004 verlängert und der Gemeinderat um eine
 Abänderung des Artikel 2 seines Beschlusses vom 27.10.2003, zwecks
 Gewährleistung der absoluten Gleichheit zwischen den Kandidaten
 (Regionaleinnehmer und Kandidaten-Regionaleinnehmer die in einer
 Anwerbungsreserve der deutschsprachigen Rolle eingetragen sind und den
 Prüfungen über die allgemeinen Informatikkenntnisse und den Kenntnissen der
 französischen Sprache unterworfen werden müssen) ersucht wird;
 Gesehen das Protokoll der Sitzung des besonderen Verhandlungsausschusses vom
 13.02.2004;
 Gesehen das Protokoll der Sitzung des besonderen Konzertierungsausschusses
 Gemeinde/Ö.S.H.Z. vom 13.02.2004;
 Auf Vorschlag des Bürgermeister_ und Schöffenkollegiums;
 Nach Intervention von Ratsmitglied L. Goebbels in Bezug auf die anwendbaren
 Anwerbsbedingungen und der durch den Vorsitzenden hierzu erteilten Antwort;
 BESCHLIESST einstimmig
 Art. 1.- Im Artikel 2 des Gemeinderatsbeschlusses vom 27.10.2003 zur Festlegung
 der Bedingungen für die Anwerbung und die Beförderung zum Amte eines
 Gemeindeeinnehmers, nach dem ersten Satz, den nachstehenden Satz mit folgendem
 Wortlaut einzutragen : "Um eine Gleichheit zwischen den Kandidaten zu
 gewährleisten, müssen diese die Prüfungen über die allgemeinen
 Informatikkenntnisse (erforderliche Anzahl Punkte : 60%) und über die genügenden
 Kenntnisse der französischen Sprache erforderliche Anzahl Punkte : 60%)
 bestehen";
 (...)"

Il s'agit du deuxième acte attaqué.

3. Les deux décisions précitées sont approuvées par le Gouverneur de la
 province de Liège le 22 avril 2004.

4. Le 27 septembre 2004, le conseil communal nomme Thierry BARTH en
 qualité de "receveur communal de la Commune de la Calamine" à la date du
 1^{er} novembre 2004. Il s'agit du troisième acte attaqué, lequel est rédigé comme suit :

" Der Gemeinderat,

Gesehen den Gemeinderatsbeschluss vom 24.05.2004 mit welchem beschlossen worden ist die freie Stelle als lokaler Einnehmer der Gemeinde Kelmis durch Anwerbung, zu den im Gemeinderatsbeschluss vom 27.10.2003, ergänzt durch den Gemeinderatsbeschluss vom 16.02.2004, genehmigt durch Beschluss des Herrn Provinzgouverneurs vom 22.04.2004, festgelegten Bedingungen für die Anwerbung und die Beförderung zum Amte eines Gemeindevorsteher zu vergeben und das Bürgermeister- und Schöffenkollegium mit der Bekanntmachung dieses Beschlusses, der Festlegung des äussersten Datums für die Einreichungen der Bewerbungen, der Bezeichnung der Mitglieder des Prüfungsausschusses und der Veranstaltung der Anwerbungsprüfungen entsprechend dem festgelegten Prüfungsprogramm zu beauftragen worden ist;

Gesehen den Beschluss des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums vom 27.05.2004 betreffend die Bekanntmachung der vorerwähnten Anwerbung eines lokalen Einnehmers und Festlegung des äussersten Datums für die Einreichung der Bewerbungen auf den 17.06.2004;

Gesehen die Bekanntmachung vom 28.05.2004;

Gesehen den Beschluss des Bürgermeister -und Schöffenkollegiums vom 17.06.2004 betreffend den Abschluss der Liste der Bewerber zum Datum des 17.06.2004 umfassend die Kandidaturen eingereicht:

- durch Herrn Bougard, Pascal, geboren zu Eupen, am 17.01.1977, wohnhaft in 4720 Kelmis, Moresneter Strasse, 105, eingereicht per Einschreiben vom 04.06.2004, erhalten am 07.06.2004 und vervollständigt durch Einschreiben vom 15.06.2004, erhalten am 16.06.2004, umfassend nachstehende Unterlagen : einen Auszug aus der Geburtsurkunde, ein Führungszeugnis, eine Bescheinigung dass er den Milizpflichten nicht unterworfen ist, eine Ablichtung des Diploms als "Licencié en sciences politiques" ausgestellt durch die Universität Lüttich am 01.07.1999, eine Ablichtung des Sprachkenntniszeugnisses über die Kenntnisse der deutschen Sprache für die Ausübung der Ämter der Stufe 1 ausgestellt am 14.12.1988 durch das Ständige Anwerbungssekretariat, Brüssel und eine Bescheinigung des Gesundheitsdienstes Provilis, Eupen ausgestellt am 14.06.2004;
- durch Herrn Paulus, Fabrice, eingereicht per Einschreiben vom 07.06.2004, erhalten am 08.06.2004, geboren zu Eupen, am 21.12.1977, wohnhaft in 4700 Eupen, Alter Malmedyer Weg, 44, umfassend nachstehende Unterlagen : einen Auszug aus der Geburtsurkunde ein Führungszeugnis, ein Milizzeugnis, eine Ablichtung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ausgestellt durch das Collège Patronné, Eupen am 30.06.1955 und eine Ablichtung des Diploms als "Ingénieur de gestion" ausgestellt durch die Universität Lüttich an 15.09.2000;
- durch Herrn Barth, Thierry, eingereicht per einfachem Schreiben vom 10.06.2004 gegen Empfangsbestätigung am 11.06.2004 und per Einschreiben vom 10.06.2004, erhalten am 15.06.2004, geboren zu Eupen, am 03.12.1968, wohnhaft in 4720 Kelmis, Vossölder, 36, umfassend nachstehende Unterlagen : einen Auszug aus der Geburtsurkunde, ein Führungszeugnis, ein Milizzeugnis, eine Ablichtung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts in französischer Sprache ausgestellt durch das Collège Notre-Dame, Gemmenich am 30.06.1987, eine Ablichtung des Sprachkenntniszeugnisses über die Kenntnisse der deutschen Sprache für die Ausübung der Ämter der Stufe 2 ausgestellt am 16.06.1994 durch das Ständige Anwerbungssekretariat, Brüssel, eine Ablichtung des Diploms als "Gradué en comptabilité" ausgestellt durch die Hochschule Institut Sainte-Marie in Lüttich am 09.09.1989, eine Ablichtung der Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss eines Kurzlehrgangs in Informatik ausgestellt durch das Institut für schulische Weiterbildung Kelmis-Raeren am 30.06.1999, eine Ablichtung des Diploms über das erfolgreiche Bestehen der Verwaltungswissenschaftskurse ausgestellt durch das Institut

Provincial de Formation des Agents des Services Publics, Herstal am 13.06.2000, eine Ablichtung über die Mitteilung der Eintragung in die Anwerbungsreserve der deutschsprachigen Bezirkseinnehmer vom 23.10.2003 ausgestellt durch die Provinzialregierung Lüttich (Ministerium der Wallonischen Region - Zeichen : ST11/JLM/JFL) und eine Bescheinigung des Gesundheitsdienstes Provilis, Eupen ausgestellt am 10.06.2004;

Gesehen die Veröffentlichungsbescheinigung vom 18.06.2004;

Gesehen den Beschluss des Bürgermeister - und Schöffenkollegiums vom 19.08.2004 betreffend die Zulassungen aller vorerwähnten Bewerber zu den Anwerbungsprüfungen und Zusendungen der Prüfungsprogramme;

Gesehen den Beschluss des Bürgermeister und Schöffenkollegiums vom 09.09.2004 betreffend die Festlegung der Zusammensetzung des Prüfungsausschusses, der Prüfungsmaterie und der Prüfungsdaten und Einladungen der Kandidaten zu diesen Anwerbungsprüfungen am 16.09.2004, 17.09.2004, 18.09.2004 und 24.09.2004;

Gesehen die an die verschiedenen Kandidaten mit Schreiben vom 10.09.2004 gerichteten Einladungen zu den vorerwähnten Anwerbungsprüfungen;

Gesehen das Schreiben des Herrn Fabrice Paulus, Alter Malmedyer Weg, 44, 4700 Eupen vom 08.09.2004 mit welchem dieser erklärt auf seine Teilnahme an den Prüfungen und somit auf seine Kandidatur für die Stelle als lokaler Einnehmer zu verzichten;

Gesehen, dass demnach nur die Kandidaten Barth, Thierry und Bougard, Pascal an den Anwerbungsprüfungen teilnehmen werden;

Gesehen, dass die vorerwähnten Anwerbungsprüfungen ordnungsgemäss am 16.09.2004, 17.09.2004, 18.09.2004 und 24.09.2004 stattgefunden haben;

Gesehen das Protokoll vom 24.09.2004 dieser stattgefundenen Anwerbungsprüfungen aus welchem hervorgeht, dass bei diesen Anwerbungsprüfungen der Kandidat Barth, Thierry 53,83 Punkte auf 60 Punkte (da er von einem Teil der Anwerbungsprüfungen befreit ist) und der Kandidat Bougard, Pascal, 196,77 Punkte auf 280 Punkte erzielt haben;

Gesehen, dass der Kandidat Herr Bougard, Pascal, bei der Prüfung über Wirtschaftspolitik ein Ergebnis von 9,50 Punkte auf 20 Punkte erreicht und somit die vorgeschriebene Hälfte der Gesamtpunktzahl für diese Prüfungsfach nicht erzielt hat, demnach diese Anwerbungsprüfungen nicht bestanden hat;

Gesehen seinen Beschluss von 03.02.2004 betreffend die Bezeichnung eines dienststuenden lokalen Einnehmers für die Gemeinde Kelmis ab dem 03.02.2004 bis zum 31.10.2004;

Gesehen, dass aufgrund der Vakanz des Amtes, die Ernennung eines lokalen Einnehmers für die Gemeinde Kelmis ab dem 01.11.2004 vorzunehmen ist;

In Erwägung, dass gemäss den Bestimmungen von Artikel 53 § 1 des Neuen Gemeindegesetzes, die Ernennung eines lokalen Einnehmers binnen 6 Monaten nach Eintreten der Vakanz erfolgen muss;

In Erwägung, dass der zu ernennende lokale Einnehmer, in Anwendung der Bestimmungen von Artikel 55 und 59 des Neuen Gemeindegesetzes, als Garantie für seine Geschäftsführung eine Kautionsleistung zu leisten hat, deren Höhe durch den Gemeinderat in Anwendung der Artikel 55 und 56 des Neuen Gemeindegesetzes auf Grundlage der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 23.12.1976, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 03.04.1980, wie auch die Frist die ihm dazu zur Verfügung steht, festzulegen ist;

Gesehen die Artikel 23, 52, 53, 54, 55, 56, 58, 59, 62, 63, 145 und 149 des Neuen Gemeindegesetzes;

Nach Anhörung der durch Vorsitzenden erteilten Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt;

Gesehen, dass kein Mitglied der Versammlung unter die Anwendung von Artikel 92 des Neuen Gemeindegesetzes fällt;

SCHREITET in geschlossener Sitzung und in geheimer Abstimmung zur

Ernennung eines lokalen Einnehmers für die Gemeinde Kelmis, Abstimmung welche zu folgenden Ergebnis führt :

- es nehmen 19 stimmberechtigte Ratsmitglieder an der Abstimmung teil;
- weiße oder ungültige Stimmzettel : 2;
- auf Herrn Barth, Thierry entfallen : 17 Stimmen;

und BESCHLIESST infolgedessen:

Art.1.- Herrn Barth, Thierry, geboren zu Eupen am 03.12.1968, wohnhaft in 4720 Kelmis, Vossölder,36, hiavor näher bezeichnet, der die am 16.09.2004 und 17.09.2004 stattgefundenen Anwerbungsprüfungen für die Stelle eines lokalen Einnehmers bestanden hat (er ist von einem Teil der am 17.09.2004, 18.09.2004 und 24.04.2004 stattgefundenen Anwerbungsprüfungen befreit da er das Anwerbungsexamen 2003 für deutschsprachige Bezirkseinnehmer gemäss Schreiben der Provinzialregierung Lüttich vom 23.10.2003 bestanden und in die Anwerbungsreserve für deutschsprachige Bezirkseinnehmer aufgenommen worden ist) und bei der heutigen Abstimmung die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hat, als lokalen Einnehmer der Gemeinde Kelmis, ab dem 01.11.2004 zu ernennen; (...)"

Considérant que la partie adverse soulève une première exception d'irrecevabilité tirée de l'absence de connexité entre les différents objets du recours de sorte qu'en tant que celui-ci porte sur les deuxième et troisième objets, à savoir les décisions du conseil communal des 16 février et 27 septembre 2004, il est irrecevable;

Considérant qu'elle soulève une deuxième exception d'irrecevabilité prise de la tardiveté du recours en ses deux premiers objets qui sont les décisions du conseil communal des 27 octobre 2003 et 16 février 2004;

Considérant qu'elle prend une troisième exception d'irrecevabilité tirée de l'absence de décision implicite défavorable au requérant; qu'elle souligne que le requérant n'a pas satisfait aux épreuves de sorte qu'il était impossible au conseil communal de le nommer et qu'il s'ensuit que la nomination de Thierry BARTH ne peut être considérée comme un refus implicite de nommer le requérant;

Considérant sur les trois exceptions d'irrecevabilité, que la partie adverse ne conteste pas l'intérêt du requérant à son recours quant à son quatrième objet étant le résultat des épreuves qui lui fut notifié par lettre du 28 septembre 2004;

Considérant qu'ayant attaqué le résultat des épreuves, le requérant a intérêt à attaquer aussi la nomination de Thierry BARTH qui lui-même n'aurait pas rempli toutes les conditions de nomination et cela même si le requérant n'a pas non plus satisfait à toutes lesdites conditions;

Considérant, quant aux deux premiers objets du recours, qu'il s'agit d'actes

préparatoires qui présentent un lien de connexité, non seulement entre eux, mais aussi avec les troisième et quatrième actes attaqués;

Considérant qu'aucune exception d'irrecevabilité ne peut être retenue;

Considérant que le requérant prend un premier moyen de la violation de l'article 54, § 2, de la nouvelle loi communale en ce que, par le premier acte attaqué, il est admis qu'un receveur régional remplit toutes les conditions pour être nommé à un emploi de receveur communal à La Calamine alors qu'aux termes de la disposition précitée, ce ne peut être le cas lorsqu'il s'agit d'une commune qui, comme La Calamine, compte plus de 10.000 habitants;

Considérant que le requérant prend un troisième moyen de la violation de l'article 54, § 2, de la nouvelle loi communale et de l'illégalité qui s'ensuit de la nomination de Thierry BARTH en qualité de receveur communal; qu'il expose que c'est en application des délibérations du conseil communal des 27 octobre 2003 et 16 février 2004 qui ont établi une dispense de fournir les preuves de satisfaction aux conditions de nomination et ce à la suite d'une violation de l'article 54, § 2, précité, que Thierry BARTH a été nommé receveur communal;

Considérant que la partie adverse répond que le requérant n'a pas attaqué les deux premiers actes dans le délai de sorte que le moyen est irrecevable; que les deux délibérations du conseil communal des 27 octobre 2003 et 16 février 2004 ne peuvent plus être à présent attaquées; qu'elles sont définitives; qu'au surplus, à son estime, il y va de l'autonomie communale qui est la règle en la matière;

Considérant que l'article 54 de la nouvelle loi communale est rédigé comme suit :

- " Les receveurs régionaux sont nommés par le gouverneur, sur présentation de plusieurs candidats par le ou les commissaires d'arrondissement intéressés, conformément aux conditions et modalités fixées par le Roi. Les recrutements sont subordonnés à l'accord préalable du Ministre de l'intérieur.
Le gouverneur désigne les communes dans lesquelles chacun d'eux exerce ses attributions.
§ 2. Dans les cas visés à l'article 52, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2/, la délibération créant l'emploi de receveur local dans la commune est communiquée au gouverneur pour information.
Cette délibération entre en vigueur après que le gouverneur ait notifié sa décision de mettre fin à la mission de tout receveur régional dans la commune.
La commune qui crée l'emploi de receveur local peut toutefois nommer immédiatement à cet emploi un receveur régional; cette délibération produit directement ses effets, sans préjudice toutefois des pouvoirs de l'autorité de tutelle.

Les receveurs régionaux sont réputés satisfaire à toutes les conditions de nomination à l'emploi de receveur local; le traitement alloué à l'ancien receveur régional nommé receveur local dans la commune exclusivement peut dépasser le montant maximum visé à l'article 65, sans toutefois pouvoir excéder celui qu'il percevrait s'il avait poursuivi ses fonctions de receveur régional";

Considérant que l'article 52 de la nouvelle loi communale est libellé comme suit :

- " Les fonctions de receveur communal sont conférées et exercées conformément aux dispositions ci-après :
- 1/ dans les communes comptant (...) plus de 10.000 habitants, par un receveur local;
 - 2/ dans les communes comptant (...) de 5.001 à 10.000 habitants, par un receveur régional; toutefois, le conseil communal peut créer l'emploi de receveur local;
 - 3/ dans les communes comptant (...) 5.000 habitants et moins, par un receveur régional.
- Toutefois, dans les communes qui changent de catégorie, le receveur en fonction, à titre définitif, (...) continue d'assumer cette fonction jusqu'à l'achèvement de sa carrière ou de sa mission dans la commune.
- § 2. Le receveur local d'une commune comptant 10.000 habitants ou moins peut être nommé receveur du centre public local d'aide sociale; il ne peut toutefois être nommé receveur d'une autre commune, ni receveur du centre public d'aide sociale d'une autre commune, ni receveur d'un centre public intercommunal d'aide sociale";

Considérant que, des deux articles précités de la nouvelle loi communale, il ressort que ce n'est que dans les communes visées à l'article 52, § 1^{er}, 2/, c'est-à-dire dans les communes comptant de 5001 à 10.000 habitants, que le receveur régional est réputé satisfaire à toutes les conditions de nomination à l'emploi de receveur communal, ainsi que le prévoit l'article 54, § 2;

Considérant que la commune de La Calamine compte plus de 10.000 habitants, ce qui n'est pas contesté; que dès lors, l'article 54, § 2, de la nouvelle loi communale ne s'applique pas à l'emploi de receveur communal de cette commune;

Considérant que, comme la nouvelle loi communale ne prévoit aucune exception autre que celle de l'article 54, § 2, précité, il en résulte que tous les candidats à un emploi de receveur communal à La Calamine doivent être mis sur un pied d'égalité et satisfaire aux mêmes conditions de nomination;

Considérant que la partie adverse fait valoir, dans son dernier mémoire, que l'arrêté royal du 20 juillet 1976 fixant la limite des dispositions générales relatives aux conditions de nomination aux grades de secrétaire communal, de secrétaire communal adjoint et de receveur communal n'a plus de base légale depuis que le Roi a perdu sa compétence en ce domaine à la suite de la modification de l'article 145 de la nouvelle

loi communale par la loi du 16 juin 1993;

Considérant que la question de l'actualité de la légalité de l'arrêté royal du 20 juillet 1976 est irrelevante dès lors que, d'une part, c'est la nouvelle loi communale seule qui fixe les exceptions à la règle de l'obligation d'un traitement égal des candidats à l'emploi de receveur communal - la seule exception prévue étant celle de l'article 54 § 2, qui résulte de la loi du 17 octobre 1990 - et que, d'autre part, c'est le conseil communal lui-même qui a déterminé les conditions de nomination, en prévoyant des exceptions pour certains candidats, par ses deux délibérations des 27 octobre 2003 et 16 février 2004;

Considérant que l'article 2 de la délibération du conseil communal du 27 octobre 2003, modifié par celle du 16 février 2004, fait application de l'exception contenue dans l'article 54, § 2, de la nouvelle loi communale alors que la commune de La Calamine n'entre pas dans le champ d'application de cette disposition et ne peut en bénéficier; qu'ainsi, ces deux délibérations sont illégales;

Considérant qu'il s'ensuit que le troisième acte attaqué, à savoir la nomination de Thierry BARTH en qualité de receveur communal, pris en application des dérogations prévues par les délibérations des 27 octobre 2003 et 16 février 2004, est illégale;

Considérant que les premier et troisième moyens sont fondés;

Considérant que le requérant prend un deuxième moyen de la violation de la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation formelle des actes administratifs en ce que ni la notification de la décision concernant les résultats des épreuves d'admission ni le procès-verbal de ces épreuves ne contiennent de motivation adéquate et suffisante;

Considérant qu'il ressort du dossier administratif que des points ont été attribués par les examinateurs à chacune des épreuves présentées par le requérant; que, s'agissant d'épreuves portant sur les connaissances, notamment celle d'économie politique pour laquelle le requérant a obtenu 9,5/20, la notation au moyen de points constitue une motivation suffisante répondant aux exigences de la loi du 29 juillet 1991; que le moyen n'est pas fondé,

D E C I D E :

Article 1^{er}

Sont annulés :

1. l'article 2 de la délibération du 27 octobre 2003 du conseil communal de La Calamine fixant les conditions de recrutement de promotion à l'emploi de receveur communal;
2. la délibération du 16 février 2004 du même conseil communal complétant l'article 2 de la délibération précitée du 27 octobre 2003;
3. la délibération du 27 septembre 2004 du même conseil communal nommant Thierry BARTH en qualité de receveur communal.

Article 2.

La requête est rejetée pour le surplus.

Article 3.

Les dépens du recours, liquidés à la somme de 175 euros, sont mis à la charge de la partie adverse.

Ainsi prononcé à Bruxelles en audience publique de la XIII^e chambre du Conseil d'Etat, le huit janvier deux mille huit, par :

MM. M. HANOTIAU,

Y. KREINS,

M^{me} S. GEHLEN,

M^{elle} V. WIAME,

président de chambre,

président de chambre,

conseiller d'Etat,

greffier assumé.

Le Greffier assumé,

V. WIAME.

Le Président,

M. HANOTIAU.